



## Rede Conny Gramm

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich spreche hier für ein breites Bündnis lokaler Organisationen für Frieden und Soziale Gerechtigkeit die eure Forderung nach 10,5%, mindestens jedoch 500 € Entgeltsteigerung ausdrücklich unterstützt.

Denn es kann ja nicht sein, dass die chronische Unterfinanzierung der Kommunen durch die „Enthaltssamkeit“ bei Lohnforderungen gelöst werden soll.

Die aktuellen Krisen machen deutlich, wie sehr die Kämpfe um Umverteilung, gegen den drohenden Klimakollaps und für Frieden und Abrüstung zusammengehören.

Der Krieg und die Sanktionen gegen Russland haben zu einer hohen Inflation, explodierenden Energiekosten und stark steigenden Nahrungsmittelpreisen geführt. Das wirkt sich auf viele Bereiche aus:

Wegen der hohen Energiepreise sind bei uns mittlerweile hunderttausende gut bezahlte Arbeitsplätze in der Stahl - Chemie - oder Baustoffindustrie gefährdet. Auch im Einzelhandel sieht es schlecht aus. Nach Galaria Kaufhof musste nun auch Peek & Cloppenburg Insolvenz anmelden.

Und nicht zuletzt wirkt sich das bei uns allen in der Lohntüte aus. Das statistische Bundesamt hat kürzlich vermeldet, dass das Einkommen der abhängig Beschäftigten schon das dritte Jahr in Folge geschrumpft ist. Für viele der Betroffenen verheißt das nichts Gutes - jetzt nicht und nicht für die Zukunft.

Schon heute lebt fast jeder 5. Altersrentner in Armut, besonders prekär ist die Lage der Frauen- deren Durchschnittsrente 2021 bei 832 € im Monat lag. Während die Reallöhne in den letzten Jahren gesunken sind haben die großen DAX-Konzerne mit Rekordgewinnen von 120 Milliarden Euro das zweitbeste Ergebnis in der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingefahren.

Da sieht man was für eine gigantische Umverteilung von unten nach oben stattfindet - fallende Löhne und steigende Konzerngewinne sind nämlich zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Und von wegen starke Schultern – Reiche und Superreiche werden auch von dieser Bundesregierung nicht angemessen besteuert und Extraprofite von Krisengewinnlern bleiben unangetastet.

Für die Aufrüstung der Bundeswehr kann ruck zuck ein 100 milliardenschweres Sondervermögen locker gemacht werden, schon längst gibt es Rufer, dieses Sondervermögen auf 300 Milliarden aufzustocken, da fließen gigantische Summen in Militär und Waffen!



Auf der anderen Seite erleben wir wie das anhaltende Kaputtsparen unserer Infrastruktur in Kitas, Schulen, Verkehrsbetrieben oder in der Pflege zu massiver Personalnot und schlechteren Arbeitsbedingungen führt.

15 Milliarden würde es den Staat kosten, wenn Verdi bundesweit eure Forderung zu 100% durchsetzen würde. Angesichts explodierender Ausgaben für Rüstung soll niemand erzählen, die öffentlichen Kassen seien zu leer um höhere Löhne für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu bezahlen.

Da geht es um Wertschätzung für euch, die ihr tagtäglich unsere Gesellschaft am Laufen haltet, mindestens die Inflationsrate muss ausgeglichen werden damit Nahrungsmittel, Gesundheit, Wohnen, Energie und Bildung mit unseren Löhnen und Gehältern bezahlbar bleiben.

Kolleginnen und Kollegen

Seit über einem Jahr tobt ein Krieg in der Ukraine. Fakt ist: Weder Wirtschaftskrieg, noch Sanktionen und Waffenlieferungen haben dazu geführt, dass der Krieg beendet wurde, im Gegenteil: Die Eskalationsspirale schraubt sich immer weiter nach oben die Gefahr wächst, dass sich der Krieg zu einem 3. Weltkrieg ausweitet.

Kolleginnen und Kollegen,

Das muss mit allen Mitteln verhindert werden - Es muss endlich ein Weg zum Frieden durch Verhandlungen gefunden werden.

Das will auch die Mehrheit unserer Bevölkerung! Eine aktuelle Forsa –Umfrage hat ergeben, dass 77% der Bundesbürger für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine sind. Dazu gehöre ich auch! Und ja, auch ich habe Angst davor, das Deutschland immer mehr zur Kriegspartei wird und sich der Krieg zu einem Atomkrieg ausweiten kann.

Das Friedensmanifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, in dem statt Waffenlieferungen Verhandlungen gefordert werden, hat den Nerv der Bevölkerungsmehrheit getroffen- obwohl keine Großorganisation dahinterstand haben innerhalb weniger Wochen Hunderttausende dieses Manifest unterschrieben.

Kolleginnen und Kollegen,

Diplomatie ist jetzt gefragt - statt einem jahrelangen Zermübungskrieg, mit noch mehr Waffen und Blutvergießen muss ein Kompromiss gefunden werden, der natürlich die Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Langfristig brauchen wir eine Politik die auf Verständigung und Zusammenarbeit aller Staaten ausgerichtet ist.



Deshalb stehen wir heute hier als breites regionales Bündnis. Gemeinsam fordern wir die Bundesregierung auf **sofort** diplomatisch aktiv zu werden und auf einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen hinzuwirken.

Danke für eure Aufmerksamkeit und viel Erfolg bei eurem Tarifikampf!